

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **DR. NAAS: HESSENS WOHNUNGSBAU DROHT DER KOLLAPS**

23.03.2023

---

- **Freie Demokraten fordern Bau-Booster**
- **Nur der private Wohnungsbau kann die Wende bringen**
- **Der Staat ist zum Kostentreiber geworden**

„Dem Wohnungsbau in Hessen droht der Kollaps“, stellt Dr. Stefan NAAS, wohnungsbaupolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, mit Blick auf steigende Baukosten, Lieferkettenprobleme und Arbeitskräftemangel fest. Er hat vor diesem Hintergrund die Forderung der Freien Demokraten nach einem Booster für den Wohnungsbau bekräftigt und daran erinnert, dass bis zum Jahr 2040 mindestens 360.000 Wohnungen in Hessen fehlen. Nicht der öffentliche Wohnungsbau werde die Wende bringen, sondern der private, erklärt Naas anlässlich der heutigen Debatte im Landtag- die Freien Demokraten haben die notwendige Entfesselung des Wohnungsbaus zu ihrem Schwerpunkt der aktuellen Plenarwoche gemacht.

Naas fordert ein Bündel an Maßnahmen, die den privaten Wohnungsbau voranbringen sollen: „Hessen muss schneller werden, sowohl beim Erteilen von Baugenehmigungen als auch bei der Ausweisung von Bauland. Ein vollständig vorliegender Bauantrag muss nach zwei Monaten automatisch als genehmigt gelten, und für Kommunen, die Bauland mobilisieren, muss es Anreize im Kommunalen Finanzausgleich geben“, sagt Naas. Darüber hinaus müssten Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Umwandlungsverbot fallen. „Die Mietpreisbremse hat Investitionen ausgebremst, aber nicht die Mieten. Gegen steigende Mieten hilft nur mehr Wohnungsbau, um das Angebot zu vergrößern“, erinnert Naas. Zu guter Letzt nimmt er den Staat in die Pflicht, der selbst zum Kostentreiber geworden ist. „Holz gewinnt als Baustoff an Bedeutung, aber hessische Sägewerke beklagen einen akuten Rohstoffmangel. Ein Grund dafür liegt in der Entscheidung der



---

Landesregierung, immer mehr Flächen des Staatswaldes aus der Nutzung zu nehmen.“ Auch die Rohstoffe Sand und Kies müssten von weit her importiert werden, seit sie nicht mehr in Hessen abgebaut werden dürfen. „Das ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.“

---

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)